

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Verlagspreis monatlich drei Mark, (Halbmonatlich 1 Mark), durch die Post bezogen monatlich 2 Mark. (ohne Zusendungsgeld) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-U. / Reichsstraße 10. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 299 / Postfach Dresden Nr. 15 600, Dresdener Verlagsgesellschaft. Schickung: Dresden-U., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 299 / Druckerei: Arbeiterstimme Dresden / Druckstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Montag, den 14. November 1927 Nummer 265

## Steuer Vormarsch der KPD

Große Wahlerfolge der Kommunisten / Stimmenverluste der Bürgerlichen und Sozialdemokraten in Hessen

### Die Landtagswahlen in Hessen und Bremen

Gestern fanden in Hessen und Bremen die Landtagswahlen, in Danzig die Volksstagswahlen und in Kiew und Wernemünde Gemeinderatswahlen statt. In Bremen und Hessen hat die KPD wieder gewaltige Erfolge erzielt. Nach Hamburg, Wansbeck, Altona, Scharburg und Königsberg auch hier ein gewaltiger Fortschritt. Bezeichnend bleibt dabei, daß die SPD in Hessen sehr stark verloren hat.

#### Das vorläufige Endergebnis

Darmstadt, 14. November. (Telunon.)

Bei den heutigen Wahlen zum Hessischen Landtag wurden nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis folgende Stimmen abgegeben:

SPD	157 289	(220 108)
Zentrum	85 448	(100 384)
Demokraten	37 750	(53 301)
Hessischer Landbund	61 067	(82 742)
Deutschn. Volkspartei	24 013	(43 717)
Kommunisten	41 160	(53 683)
Deutsche Volkspartei	51 638	(73 950)
Volkrechtspartei	24 166	

Abgegeben wurden insgesamt 482 531 gültige Stimmen, von 900 843 Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung betrug mithin etwa 54 Prozent.

#### Bürgerchaftswahl in Bremen

Bremen, 13. November. (Telunon.)

Bei der heutigen Wahl für die Bremer Bürgerchaftswahlen ist folgendes vorläufige Endergebnis zu verzeichnen:

Bremen Stadt:		
Einheitsliste	48 545	(51 615)
Demokraten	17 291	(18 770)
Zentrum	4 039	(3 612)
Hausbesitzer	15 354	(12 560)
Bodenreformer	1 854	(1 997)
Volkrechtspartei	1 052	
SPD	70 201	(56 815)
Kommunisten	17 773	(14 426)
Bremen Land:		
Einheitsliste	2 668	(2 318)
Demokraten	1 035	(1 168)
Sozialdemokraten	4 730	(3 702)
Kommunisten	279	(403)
Bremer Hafen:		
Einheitsliste	4 951	(5 151)
Demokraten	1 932	(1 389)
Sozialdemokraten	4 865	(4 626)
Kommunisten	1 077	(999)
Vegehad:		
Einheitsliste	1 545	(1 411)
Sozialdemokraten	1 009	(809)
Kommunisten	123	(161)

Die Mandate verteilen sich wie folgt:

Einheitsliste	36	(40)
Demokraten	12	(14)
Zentrum	2	(2)
Hausbesitzer	9	(8)
Bodenreformer	1	(1)
Volkrechtspartei	—	(—)
Sozialdemokraten	50	(46)
Kommunisten	10	(9)

Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen betrug 193 141, von 211 003 Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung beträgt mithin 92 Prozent.

In Hessen brachten die Wahlen der KPD einen großen Erfolg. Trotzdem die Wahlbeteiligung von 75 Prozent bei den vorigen Wahlen auf 52 Prozent herabfiel, gewann die Partei eine große Zahl Stimmen mehr. Sämtliche anderen Parteien verloren. Nur die Volkrechtspartei (Aufwerter) konnten hier noch gewinnen. Der Verlust der sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien beträgt 14 Prozent.

In Offenbach am Main hat die KPD 12 554 gegenüber 6 447 Stimmen bei der letzten Wahl, die SPD 10 927 gegen 15 478 Stimmen erhalten. Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben hier 40 Prozent Stimmen verloren. Die KPD hat in den Städten die Wahlen von 1924 übertritten, auf dem Lande die Zahlen im allgemeinen erreicht. Die Verteilung der Mandate steht noch nicht fest.

In Hessen regiert seit der November-Revolution die kleine Koalition unter der Hauptverantwortung der SPD. 1919 war die SPD die weitaus stärkste Partei. Sie hat jedoch infolge

ihrer Konzeptionspolitik fortgesetzt an Einfluss und Stimmenzahl verloren. Sowohl das Zentrum als auch die sich auf die Bauernschaft stützenden Rechtsparteien haben der SPD immer mehr das Feld freigegeben. Bei der letzten Wahl gelang es auch den Kommunisten, die Stimmenzahlen nahezu zu verdoppeln und so statt 2 Mandaten 4 zu erobern. Die SPD kämpfte, nachdem in den letzten Jahren die Verhandlungen über die große Koalition immer wieder gescheitert sind, mit großem Kraftaufwand für eine endliche Wiedereroberung verlorengangener Positionen. Sie wollte durch ein Ausweichen früherer Niederlagen sich wieder die Möglichkeit einer festen Weimarer Koalition sichern. Die KPD hatte sowohl in der Kleinbauernschaft als in den Industriearbeitern südlich von Frankfurt an Einfluss gewonnen. Die Partei führte den Wahlkampf in systematischer Organisations- und Aufklärungsarbeit unter der Losung: für ein rotes Hessen der Arbeiter und Bauern!

Der Erfolg der Kommunisten wird die Hoffnungen der SPD auf eine große Koalition zerbrechen haben. Der Gewinn eines Mandats durch die Kommunisten änderte die Mehrheit, machte sie zu einer kommunistisch-sozialistischen. Wie jetzt die Mehrheitsverhältnisse aussehen werden, ist im einzelnen noch nicht zu sagen. Ebenso großartig ist der Gewinn der KPD in Bremen. Hier beträgt die Wahlbeteiligung 84 Prozent. Die KPD steigerte ihre Stimmen von 16 000 im Jahre 1924 auf 19 258 und bekam 10 Mandate sicher. Es besteht die Möglichkeit, daß die KPD durch die fehlenden Seemannsstimmen noch ein Mandat mehr erhält. Die SPD hat in Bremen 4 Mandate gewonnen. Die Bürgerlichen haben 5 Mandate verloren. Es haben bis jetzt 60 kommunistisch-sozialdemokratische Mandate gegen 60 bürgerliche Mandate.

In Bremen war die politische Konstellation ähnlich der in Hessen. Die SPD kämpfte hier unter der Parole: der Feind steht links. Sie warb für eine Koalitionsmehrheit. Auf Grund eines einstimmigen Fraktionsbeschlusses hat sie in den letzten Jahren ihre Bereitschaft zur Koalition mit der Volkspartei bekundet und wiederholt bekräftigt. Die Volkspartei lehnte die Koalition ab. So konnte die SPD sich noch als Oppositionspartei aufspielen und Mißvergnügen aus dem Lager der Kleinbürger, der Angestellten und Beamten gewinnen. Die SPD ließ den ganzen Gewerkschaftsapparat spielen, nutzte ihn für die Wahl. Auch von Seiten der bürgerlichen Parteien wurde starke antibolschewistische Propaganda betrieben. — In

Danzig ist das bisherige Ergebnis wie folgt:

## Kinder des Bolschewismus

R. R. Sakhin 1925 war ein sehr strikinges Beispiel der „Demokratie“. Doch es gibt zu allen Zeiten der bürgerlichen Demokratie noch eine Menge anderer, die den Arbeitern den Haß gegen die „reine Demokratie“ beibringen. Lenin erinnert in seiner Broschüre (Der Menegat R. Sakhin) diesen daran, daß:

„Je entwickelter die Demokratie, desto näher sind Pogrom oder Bürgerkrieg bei jedem diesfälligen politischen Gegenstand, der die Bourgeoisie gefährdet. Dieses „Geleß“ der bürgerlichen Demokratie hätte der gelehrte Herr Sakhin während der Dreyfuß-Kaffee im republikanischen Frankreich, beim Vgn von der Regier und Internationalisten in der demokratischen Republik Amerikas, am Beispiel Irlands und Uppers im demokratischen England, an der Höhe gegen die Bolschewik und der Inkonzentration von Pogromen gegen sie im April 1917 beobachten können.“

Wir fügen diesem Beispiel über das Geleß der bürgerlichen Demokratie noch einige hinzu. Wir verweisen auf Polen, auf die Diktatur gegen die Kommunisten; auf Ungarn, wo man jetzt erst ein Schreckensurteil gegen die linken Sozialdemokraten und Kommunisten fällte. Doch wir brauchen nicht so weit zu schweifen. Wir haben die Segnungen der „Demokratie“ in nächster Nähe. Wir verweisen auf das Antifaschisturteil in Chemnitz, auf die Verbote der Saccos- und Bonzetti-Rundgebungen, die Verbote der Sammlung durch die Internationale Arbeiterhilfe. Wir fragen, was ist es für eine „Demokratie“, die in Bayern den Luvververeinen, den Freidenkerorganisationen, zu deren Mitgliedern auch Kommunisten zählen, das Zusammenkommen, jede Aufführung und Veranstaltung verbietet? Wo ist die Demokratie zwischen dem schuftenden Arbeiterflaven und dem prächtigen Kapitalisten? Erhebt sich der Arbeiter, sei es auch nur zum Lohnkampf, dann schickt die „Demokratie“ die bewaffneten Organe des Staates gegen ihn, wie beim letzten Streik der Bergarbeiter, wo die Polizei in direkt provokatorischer Absicht gegen die Arbeiter eingeschickt wurde. Die sozialdemokratischen Führer harrten sich, viele Tausende vor den Arbeitern zu verstellen, oder aber, sie erklärten, das sind die Folgen der kommunistischen

Von 335 Wahlkreisen liegen aus 324 Wahlkreisen folgende Ergebnisse vor:

1 Allgemeine Bauernpartei	469
2 Arbeitergruppe	55
3 Bürgerliche Arbeitergemeinschaft	3 716
4 Danziger Hausbesitzerpartei	1 270
5 Danziger Wirtschaftsbund	550
6 Deutsch-Danziger Volkspartei	7 400
7 Deutschliberale Partei	5 700
8 D. Mittelstand- und Arbeiterpartei	928
9 Deutschnationale Volkspartei	23 500 (Vert. 21 000)
10 Deutsche Nationale Partei	1 770 (Vert. 8 600)
11 Beruflicher	1 854
12 Kommunistische Partei	10 940 (Vert. 4 000)
13 Mieter- und Arbeiterpartei	3 200 (Gew. 1 600)
14 Nationalliberale Partei	7 600 (Vert. 3 500)
15 Vereinigte Kandidatenliste der Nationalsozialistischen Aufwertungs- und Volkswirtschaftspartei	1 350
16 Polnische Liste	4 010 (Vert. 2 000)
17 Sozialdemokratische Partei	50 600 (Gew. 15 900)
18 Wirtschaftsliste	2 226 (Gew. 2 100)
19 Zentrumspartei	23 250

Hier ist ein Rückgang der Stimmen der KPD zu verzeichnen. Hier hatte die KPD im Jahre 1923 einen außerordentlichen Ueberrückgangserfolg. Sie erhielt damals 11 Mandate. In dem kleinen Freistaate herrscht eine bürgerliche Minderheitsregierung. Die SPD markierte die Oppositionspartei, sie konnte von Anfang an auf Zuwachs aus den Mittelschichten rechnen. Die KPD-Organisation ist in diesem Gebiete noch besonders schwach. Am schwierigsten lagen die Verhältnisse in Danzig selbst. Es lag auf der Hand, daß nach dem außergewöhnlich starken Erfolg von 1923 hier die Partei kaum mit dem Bestand des damaligen Ergebnisses zu rechnen hatte. Ebenso zeigt sich ein kleiner Rückgang bei den Wahlen in Kiew, wo die Partei nach den bisher vorliegenden Meldungen von 2908 auf 2108 Stimmen zurückging. Die wichtigsten Ergebnisse des gestrigen Wahltages sind die von Hessen und Bremen. Auch hier handelte es sich um relativ schwache Bezirke der KPD. Hier zeigt sich, daß die Partei marшиert, die so oft totgeklagt: Kommunisten sich kräftig entwickeln. Ausnahmen dieser Erfolge, Verkürzen der Parteiarbeit, Ausbau der Organisation wird den Vormarsch der KPD zu einem Aufwärtenden machen.

Wieder haben wir neue Erfolge zu verzeichnen, wir markieren, das Vertrauen der Arbeiter zu unserer Partei steigt. Vorwärts zu neuer Arbeit!

Rabapolitik. Wir kommen darauf nochmals zurück. Alle diese Tatsachen kennzeichnen aber die bürgerliche Demokratie zu deren prominentesten Vertretern sich die sozialdemokratischen Führer machen.

Dieser Demokratie legen wir die proletarische Demokratie entgegen.

„Die proletarische Demokratie, deren Form die Rätemacht ist, hat der Demokratie gerade für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, für die Ausgebeuteten und Werttätigen eine noch nie dagewesene Entwicklung und Ausdehnung gebracht.“ (Lenin.)

Die Rätemacht entleert die Außenpolitik der geheimnisvollen Hülle. Sie gibt den Arbeitern, den Ausgebeuteten und Werttätigen diese Machtmittel des Staates in die Hand. Sie zieht die Ausgebeuteten heran an die Verwaltung des Staates nicht durch einige Bürgermeister oder Minister, die die Geschäfte der Kapitalisten besorgen, sondern, wie Marx in seiner Broschüre „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ erklärt:

„Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit...“

So arbeiten die Räte unter der proletarischen Diktatur, so wurden mehr denn 1 1/2 Millionen Werttätiger zur Verwaltung herangezogen. So ist die Diktatur des Proletariats die breiteste Demokratie, die Demokratie für die große Mehrheit der Arbeitenden.

Gehen wir nun zu den anderen, von der SPD ausgeworfenen Fragen über: der Presse, Versammlungs-, der Meinungs-, der Koalitionsfreiheit. Die Sozialdemokraten haben diese Freiheiten aufgehoben, und auch Mussolini. Es besteht doch auch hier wohl ein kleiner, grundlegender Unterschied: Mussolini verbietet die Presse der Arbeiter, die Presse, die für die Befreiung des Proletariats kämpft. Die Diktatur entwand den Kapitalisten und ihren Freunden die Presse, um sie in den Dienst der Ausföhrung der breiten Massen, der Sebung des Kultur-